

# EU-NACHRICHTEN

## KURZ & KNAPP

### Beziehungen zum Iran

EU ruft zur Vermeidung weiterer Eskalation auf

Seite 3

## IM FOKUS

### Sondergipfel von Sibiu

EU-Staaten verpflichten sich zu Einheit und Solidarität

Seite 4

### Frühjahrsprognose

Wachstum geht weiter – wenn auch etwas langsamer

Seite 5



## EUROPAWAHL 2019

### Spitzenkandidaten präsentieren ihre Positionen

Rund 400 Millionen EU-Bürger aus allen 28 Mitgliedstaaten dürfen zwischen dem 23. und 26. Mai bestimmen, welche Abgeordneten sie in den nächsten fünf Jahren im Europäischen Parlament vertreten werden. Mit der Europawahl werden wichtige Weichen für die künftige EU-Politik gestellt.

> Etliche europäische Parteienfamilien haben Spitzenkandidaten nominiert, die sich um das Amt des EU-Kommissionspräsidenten bewerben. Bei einer von der Europäischen Rundfunkunion (ERU) organisierten Fernsehdebatte machten sechs Spitzenkandidaten und -kandidatinnen (siehe Seite 2) deutlich, für welche EU-Politik ihre Parteienfamilie eintritt.

Über 20 Fernsehsender in der EU haben die von Emilie Tran Nguyen (France Televisions) und Markus Preiss (ARD) moderierte Debatte ausgestrahlt, in Deutschland lief sie auf Phoenix. Sie war aber auch im Internet zu sehen und kann dort weiter abgerufen werden. So können sich EU-Bürger über die Haltungen der Parteien zu sechs Themenkomplexen informieren. Ausgewählt wurden laut ERU Themen, die für die EU-Bürger die größte Bedeutung haben: Migration, Jobs, Klimaschutz, faire Besteuerung, Außen- und Handelspolitik und EU-Skepsis.

**Klimaschutz:** Am lebendigsten war die Diskussion beim Thema Klima- und Umweltschutz. Alle Kandidaten waren sich einig, dass dies ein wichtiges gesamteuropäisches Thema sei. Weil sie aber unterschiedliche Prioritäten beim Klimaschutz setzen wollen, wurden bei diesem Thema zahlreiche der „Challenge-Karten“ gezogen, um in die direkte Diskussion mit anderen Kandidaten einzusteigen. Liberale, EKR und EVP setzen beim Klimaschutz sehr stark auf die Entwicklung und den Einsatz umweltfreundlicher Techniken, wofür politische Anreize gesetzt werden sollen. Margrethe Vestager (Liberale) betonte, dadurch könnten auch Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden und es gebe Chancen für den Export der Technologie in alle Welt. Manfred Weber (EVP) schlug vor, den EU-Emissionshandel auf den Luftverkehr auszuweiten. Jan Zahradil (EKR) möchte die Agrarpolitik umweltfreundlicher gestalten. >>

## ARTENSCHUTZ

### Bürgerinitiative für Bienen kann starten

Die Europäische Bürgerinitiative „Rettet die Bienen!“ kann mit der Unterschriftensammlung beginnen. Sie sei rechtlich zulässig, stellte die EU-Kommission fest. Ziel der Organisatoren, darunter die Initiatoren des bayerischen Volksbegehrens zum selben Thema, sind EU-Rechtsvorschriften um Lebensräume für Insekten zu erhalten. Es geht etwa um Artenschutz in der Agrarpolitik und die Verringerung des Pestizideinsatzes. Wenn die Bürgerinitiative in einem Jahr eine Million Unterschriften in mindestens sieben EU-Staaten sammelt, muss die EU-Kommission auf das Anliegen reagieren.

Europäische Bürgerinitiative registriert

## Europäische Spitzenkandidaten für die Europawahl 2019

### Nico CUÉ, Linke

Der 1956 geborene Cué ist spanischer Staatsangehöriger. Nach Schule und Ausbildung zum Werkzeugmacher schlug er in Belgien eine Gewerkschafts-Laufbahn ein. Unter anderem war er bis 2018 Generalsekretär der Metallarbeiter für die Wallonie und Brüssel. Für die Linken bildet er ein Spitzenkandidatenduo mit der Slowenin Violeta Tomić.



### Ska KELLER, Grüne

Franziska (Ska) Keller wurde 2009 im Alter von 27 Jahren zum ersten Mal ins Europäische Parlament gewählt. Sie hat einen Universitätsabschluss in Islamwissenschaft, Turkologie und Judaistik und war Landesvorsitzende der Grünen in Brandenburg. Seit Dezember 2016 ist sie Ko-Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament, bereits 2014 war sie europäische Spitzenkandidatin ihrer Partei. Diesmal bildet sie das Spitzenduo gemeinsam mit dem Niederländer Bas Eickhout.

### Margrethe VESTAGER, Liberale

Die 1968 geborene Dänin ist seit 2014 EU-Kommissarin für Wettbewerb. Seit 1993 hatte sie Ämter in der dänischen Politik inne. Unter anderem war sie Ministerin für Erziehung, Wirtschafts- und Innenministerin und von 2011 bis 2014 Chefin der sozialliberalen Partei Dänemarks. Vestager ist nicht alleinige Spitzenkandidatin. Die liberale ALDE tritt mit einem Team von sieben Kandidaten an.



### Jan ZAHRADIL, Europäische Konservative und Reformisten (EKR)

Der studierte Chemiker gehört der tschechischen konservativen Partei ODS an, für die er seit 2004 im Europaparlament sitzt. Vorher war er in Tschechien Regierungsberater und Parlamentsabgeordneter. Von 2011 bis 2014 war Zahradil Fraktionsvorsitzender der EKR im Europaparlament, er ist auch Vorsitzender der europäischen Partei der Konservativen und Reformisten AEKR.

### Frans TIMMERMANS, Sozialdemokraten (SPE)

Der 1961 geborene Niederländer hat Sprachen und Literatur studiert. Seit 1987 arbeitet er in der niederländischen Politik. Unter anderem war er Parlamentsabgeordneter, Staatssekretär für Europaangelegenheiten und Außenminister. Seit 2014 ist er Erster Vizepräsident der EU-Kommission, zuständig für bessere Rechtssetzung, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte.



### Manfred WEBER, Europäische Volkspartei (EVP)

Weber wurde 1972 in Niederbayern geboren. Nach seinem Studium zum Ingenieur gründete er zwei Unternehmen. Von 2002 bis 2004 war er Abgeordneter im Landtag Bayerns, seitdem sitzt er für die CSU im Europäischen Parlament. Seit 2014 ist Weber dort Fraktionsvorsitzender der christdemokratisch-konservativen EVP, der größten Fraktion im EU-Parlament.

Quelle: EU-Kommission

Credit © European Union, European Parliament, 2019

>> Die Grünen wollen alle klimaschädlichen Subventionen abschaffen und Frans Timmermans (SPE) schlug vor, auch Flugbenzin zu besteuern und CO<sub>2</sub>-Steuern für alle Unternehmen einzuführen. Er lud Grüne, Linke und „einige“ Liberale ein, eine Koalition mit der SPE zu bilden, um Klimaschutz ganz oben auf die EU-Agenda zu setzen. Nico Cué (Linke) stellte sich aber dagegen, das Problem über Steuern den Bürgern aufzubürden. Die „großen Verschmutzer“ würden noch nicht richtig angegangen, monierte er.

**Steuerpolitik:** Einig war sich die Runde, dass die Unternehmensbesteuerung gerechter werden müsse. Fälle, in denen multinationale Konzerne wie Apple es durch grenzüberschreitende Konstruktionen schafften, nur 0,05 Prozent Steuern zu zahlen (wie Vestager sagte), seien nicht akzeptabel. Liberale, Grüne und EVP plädierten für eine faire Besteuerung auch der digitalen Wirtschaft. Weber sagte, er glaube an Steuerwettbewerb aber

bei der digitalen Wirtschaft „brauchen wir einen europäischen Ansatz“. Zahradil betonte zwar, das Steuerrecht müsse Sache der Mitgliedstaaten bleiben, lobte aber die EU-Kommission dafür, „gleiche Regeln“ auch für große Konzerne durchzusetzen. Timmermans trat für einen Mindestsatz von 18 Prozent bei der Unternehmensbesteuerung ein.

**Migration:** EVP, SPE, Liberale, Grüne und Linke sind der Meinung, dass nur eine gemeinsame europäische Asylpolitik und gemeinsamer Einsatz bei der Bekämpfung von Fluchtursachen das Problem langfristig lösen kann. Nur die EKR will die Asylpolitik den Mitgliedstaaten selbst überlassen und fordert Aufnahmezentren außerhalb der EU und mehr Rückführungsabkommen. Weber plädierte für einen noch stärkeren Schutz der EU-Außengrenzen mit Hilfe von 20.000 Beamten der EU-Agentur Frontex und für einen eigenen Kommissar für afrikanische Angelegenheiten.

**Außenpolitik und Handel:** Vestager meint, die EU könne als größter Handelsblock der Welt noch viel selbstbewusster auftreten und ihre Unternehmen stärker vor unfairer Konkurrenz in Schutz nehmen. Weber plädierte für Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik, um handlungsfähiger zu werden, was die EKR ablehnt. 36 Millionen EU-Arbeitsplätze hingen vom Handel ab, sagte Weber. Die EU solle internationale Abkommen als Mittel für Verbesserungen nutzen, etwa durch Klauseln gegen Kinderarbeit. Ska Keller (Grüne) will auch Klimaschutzbestimmungen aufnehmen und forderte, die EU dürfe keine Waffen mehr an Diktatoren liefern und damit ihren globalen Einsatz für Frieden und Menschenrechte konterkarieren. Die Linken sehen in Freihandelsabkommen die Gefahr, dass EU-Sozial- und Umweltstandards geschwächt werden.

**EU-Skepsis:** Cué gab der Sparpolitik die Schuld daran, dass mehr Europäer empfänglich für radikale Lösungsvorschläge würden. Er forderte einen radikalen Kurswechsel. Timmermans sagte, der chaotische Brexit bewiese, dass Spaltungspolitik zu nichts führe, die Menschen müssten aber durch konstruktive Lösungsvorschläge überzeugt werden. Laut Keller können die Europapolitiker durch ihre Arbeit im Parlament beweisen, dass die EU wichtige Probleme lösen kann. Weber plädierte dafür, die EU offener, demokratischer zu machen und sie „näher zu den Menschen“ zu bringen. Vestager forderte verständlichere Erklärungen der EU-Politik und ein Eintreten gegen Falschnachrichten. Die EKR strebt eine „schlankere EU“ an, die „weniger tut“. Sie will die EU „etwas zurückbauen“ und „dezentralisieren“. (frh) >|

■ Zur Aufzeichnung der Fernsehdebatte



## BEZIEHUNGEN ZUM IRAN

### EU ruft zur Vermeidung weiterer Eskalation auf

Um die fragile Situation im Nahen und Mittleren Osten nicht noch weiter zu destabilisieren, haben die EU-Staaten den Iran, die USA und alle anderen Akteure zu „maximaler Zurückhaltung“ aufgerufen. Die EU trete in den Beziehungen zum Iran für Dialog und Diplomatie ein, das sei besonders wichtig, wenn es Spannungen gibt, sagte die EU-Außenbeauftragte und Vizepräsidentin der EU-Kommission Federica Mogherini (Foto). Sie selbst und auch die anderen EU-Außenminister hätten US-Außenminister Mike Pompeo bei einem Treffen in Brüssel „sehr klar“ gesagt, dass die verantwortungsvollste Haltung derzeit die der „maximalen Zurückhaltung und der Vermeidung jeglicher militärischer Eskalation“ sei.

Mogherini bekräftigte nach einem Treffen mit den Außenministern von Deutschland, Frankreich und Großbritannien – alle drei Unterzeichner des Internationalen Atomabkommens mit dem Iran – dass die Europäer an dem Vertrag, der die Kontrolle des iranischen Atomprogramms zum Ziel hat, festhalten wollen. Sie rief den Iran erneut auf, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Ob er das tut, müsse weiter die Internationale Atomenergiebehörde IAEA kontrollieren. Seitdem die USA vor einem Jahr das Abkommen einseitig aufgekündigt haben, bemühen sich die Europäer, es am Leben zu halten und EU-Unternehmen, die weiter Geschäfte mit dem Iran machen wollen, vor US-Sanktionen zu bewahren.

■ *Zum Statement von Federica Mogherini*

## URTEIL DES EUGH

### Arbeitszeit muss genau erfasst werden

Unternehmen in der EU sind nach europäischem Recht verpflichtet, die tatsächliche, tägliche Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter zu erfassen. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem Urteil festgestellt. Den Mitgliedstaaten stehe es frei, die geeignetsten Zeiterfassungssysteme vorzugeben. Werden die Arbeitszeit nicht festgehalten, fehlten Arbeitgebern und Beschäftigten die Möglichkeit, die Einhaltung der maximal zulässigen Arbeitszeiten zu kontrollieren, zwischen Regelarbeitszeit und Überstunden zu unterscheiden oder zu überprüfen, ob die EU-Vorgaben zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz eingehalten werden, heißt es im Urteil.

Hintergrund ist ein Rechtsstreit zwischen der spanischen Gewerkschaft CCOO und der Deutsche Bank SAE in Spanien. In Deutschland sind Arbeitgeber derzeit nur verpflichtet, Überstunden zu erfassen. C-55/18

■ *Zur Website des EUGH*

## INVESTITIONSOFFENSIVE FÜR DIE EU

### Dräger erhält Darlehen bis zu 110 Mio. Euro

Dräger, ein Lübecker Unternehmen für Medizin- und Sicherheitstechnik, kann Produkte für das Patientenmonitoring künftig mit Hilfe der EU weiterentwickeln. Die Europäische Investitionsbank (EIB) stellt dafür ein Darlehen von bis zu 110 Mio. Euro bereit, das über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) durch Garantien des EU-Haushalts abgesichert ist. EFSI ist das Kernstück der EU-Investitionsinitiative. Deren Ziel ist es, Investitionen anzukurbeln, um Arbeitsplätze zu schaffen und das Wachstum zu fördern.

Der für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Vizepräsident der EU-Kommission Jyrki Katainen sagte über Dräger: „Wir verdanken diesem europäischen Unternehmen bahnbrechende Innovationen, von Überwachungssystemen in der Intensivpflege bis hin zu Beatmungsgeräten für Frühgeborene.“

■ *Darlehen für Investitionen*

## GEMEINSAME ERFASSUNGSMETHODE

### EU will Verschwendung von Lebensmitteln eindämmen

Die EU-Staaten sollen ermitteln, wie viele Lebensmittel auf dem Weg von Stall und Acker bis zum Endverbraucher verderben und verloren gehen. Um sie dabei zu unterstützen, hat die EU-Kommission eine gemeinsame Methodik zur Erfassung von Lebensmittelabfällen beschlossen. Ziel ist es, eine Wissenslücke zu schließen. Denn derzeit stehen laut Kommission keine ausreichenden Daten zur Lebensmittelverschwendung zur Verfügung.

Jährlich gehen schätzungsweise 20 Prozent der in der EU erzeugten Lebensmittel verloren oder werden verschwendet, was zu inakzeptablen gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Schäden führt. Die EU ist entschlossen, dieses Problem zu lösen und ihr Lebensmittelsystem nachhaltiger zu machen. „In einer Welt, in der Millionen Menschen immer noch Hunger leiden und unsere natürlichen Ressourcen, die das Leben und das Wohl der Menschen ermöglichen, immer knapper werden, ist es inakzeptabel, Lebensmittel zu verschwenden“, erklärte Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der EU-Kommission.

■ *Methodik für nachhaltiges Lebensmittelsystem*

## SONDERGIPFEL VON SIBIU

# EU-Staaten verpflichten sich zu **Einheit und Solidarität**

Die künftig wohl 27 EU-Staaten wollen „vereint durch dick und dünn gehen“, sich „in Notzeiten untereinander solidarisch zeigen“ und „stets zusammenhalten“. „Wir können und wir werden mit einer Stimme sprechen“, heißt es außerdem in einer Erklärung, die die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten bei ihrem informellen Gipfeltreffen im rumänischen Sibiu abgaben.



© Rat der Europäischen Union

*Einigkeit macht stark: diese Botschaft vermittelten die EU-Spitzen bei ihrem Gipfeltreffen im rumänischen Sibiu.*

> Großbritannien nahm an dem Treffen am Europatag nicht teil, bei dem die EU-Spitzen die Richtung beschrieben, in die ihre gemeinsame Politik in der kommenden Legislaturperiode der EU-Institutionen gehen soll. In ihrer Erklärung formulierten sie zehn Versprechen dafür.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sagte, das Treffen in Sibiu sei ein Testlauf für den EU-Gipfel am 20. und 21. Juni in Brüssel gewesen. Dort wollen die EU-Spitzen ihre in Sibiu begonnene Diskussion über künftige Prioritäten abschließen und eine „strategische Agenda“ für die folgenden fünf Jahre verabschieden. Die Geschlossenheit in Sibiu sei keine Fassade gewesen. „Es gab echte Einheit“, unterstrich Juncker.

Bei den ersten drei Zusagen der Erklärung von Sibiu geht es um die Verpflichtung zur Einheit. Es solle immer nach gemeinsamen Lösungen gesucht und dabei einander „im Geiste von Verständnis und Respekt“ zugehört werden, versprechen die Staats- und Regierungschefs. „Unbeschadet auch unserer politischen Unterschiede glauben wir alle, alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dass das gemeinsame Handeln besser ist“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Europa müsse innovativ, stark und geeint sein. „Denn die Welt schläft nicht“, so Merkel, und internationale Probleme wie Arten- und Klimaschutz oder den Schutz des Handels vor Protektionismus könne kein Land alleine lösen.

## Europäische Werte verteidigen

Den europäischen Lebensstil, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und mühsam erkämpfte Grundfreiheiten werde man „weiterhin schützen“, heißt es in der Erklärung auch. Der Grundsatz der Gerechtigkeit solle auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohlfahrt, in der Wirtschaft oder beim digitalen Wandel gelten. Ungleichheiten sollten weiter verringert werden. Ein weiteres Versprechen lautet, in junge Menschen zu investieren und eine zukunftsfeste Union aufzubauen.

Die EU solle dort ihr Gewicht einbringen, wo es am wichtigsten sei. Die EU-Spitzen sagen zu, die Union mit den erforderlichen Mitteln auszustatten, damit sie ihre Ziele erreichen könne. Sie reklamieren auch eine „globale Führungsrolle“ für die EU in einer „immer unbeständigeren und schwierigeren Welt“. Durch Zusammenarbeit mit anderen Ländern sollen die „regelbasierte internationale Ordnung“ erhalten und weiterentwickelt, neue Handelsmöglichkeiten ausgeschöpft und Umwelt- und Klimaschutz vorangebracht werden. Internationale Kooperation soll auch dazu beitragen, die EU-Bürger vor militärischen oder terroristischen Bedrohungen zu schützen.

## Auf wichtigste Themen konzentrieren

Juncker plädierte dafür, den Leitsatz seiner Kommission weiter beizubehalten, auf EU-Ebene entschlossen bei den „großen“, wichtigen Themen zu agieren und sich bei „kleinen“ zurückzuhalten. Seine Kommission habe sich mit Erfolg auf die Themen konzentriert, die den Menschen in Europa besonders wichtig seien: wieder Beschäftigung, Wachstum und Investitionen schaffen, soziale Gerechtigkeit stärken, Migration steuern, Sicherheitsbedrohungen entschärfen, das Potenzial des digitalen Wandels und der Energiewende erschließen, die EU zu einem starken globalen Akteur machen und Transparenz und demokratische Legitimität stärken.

Wer Junckers Nachfolger als EU-Kommissionspräsident wird, soll nach der Europawahl (23. bis 26. Mai) entschieden werden. Neu zu besetzen sind sukzessive bis Anfang Dezember auch die Präsidentenposten des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Zentralbank sowie das Amt der EU-Außenbeauftragten (siehe Kasten). (frh)

>|

## EU-Spitzenpersonal

Donald Tusk, der Präsident des Europäischen Rates, hat für den 28. Mai einen EU-Gipfel einberufen, um im Lichte der Ergebnisse der Europawahl den Nominierungsprozess für die EU-Führungspositionen einzuleiten. Sein Ziel ist es, beim Gipfeltreffen Ende Juni dann die Kandidaten zu nominieren. Der Kandidat oder die Kandidatin für das Präsidentenamt der EU-Kommission muss sich im neuen Europäischen Parlament zur Wahl stellen. Tusk sagte, das Beste sei, die Kandidaten im Konsens zu benennen, er werde notfalls beim EU-Gipfel aber auch abstimmen lassen. „Wir brauchen effiziente Institutionen, deshalb brauchen wir rasche Entscheidungen“, so Tusk.

## FRÜHJAHRSPROGNOSE ZUR KONJUNKTUR

# Wachstum dürfte weitergehen – wenn auch langsamer

Die Wirtschaft der EU-Staaten dürfte 2019 im siebten Jahr in Folge wachsen. „Es war unsere gemeinsame Leistung, nach der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise wieder aufzustehen“, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Laut Frühjahrsprognose der EU-Kommission führen langsames Weltwirtschaftswachstum und die vielen internationalen handelspolitischen Unsicherheiten dazu, dass die Wachstumsraten in der EU 2019 und 2020 niedriger sein werden, als bisher erwartet. Doch biete die europäische Wirtschaft dem ungünstigeren Umfeld „die Stirn“, sagte Pierre Moscovici, EU-Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten.

> „Die Wachstumsraten werden in allen Mitgliedstaaten positiv bleiben, und auch an der Beschäftigungsfront rechnen wir weiterhin mit guten Nachrichten und steigenden Löhnen“, erklärte er. „Allerdings sollten wir darauf vorbereitet sein, die Wirtschaft über weitere wachstumsfördernde Reformen hinaus stärker zu unterstützen, wenn es nötig ist. Vor allem müssen wir einen Rückfall in Protektionismus verhindern, der die sozialen und wirtschaftlichen Spannungen in unserer Gesellschaft nur noch verschärfen würde“, so Moscovici.

## 2020 wieder mehr Schwung erwartet

Zu den gesenkten Prognosen tragen besonders die reduzierten Erwartungen für Deutschland, Frankreich und Italien bei. Eine Rolle spielen auch die anhaltende Schwäche des verarbeitenden Gewerbes, „insbesondere in Ländern mit Problemen in der Automobilindustrie“, heißt es in der Kommissionsprognose. Deutschland wird für 2019 ein Plus des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,5 anstatt bisher von 1,8 Prozent in Aussicht gestellt. Für 2020 sank die BIP-Prognose auf 1,5 von 1,7 Prozent. Insgesamt dürfte das BIP in diesem Jahr in der EU um 1,4 Prozent und im Euroraum um 1,2 Prozent wachsen, 2020 sollen es laut Prognose dann 1,6 Prozent in der EU und 1,5 Prozent im Euroraum sein. Dann sollen „widrige binnenwirtschaftliche Faktoren verebben und die Wirtschaftstätigkeit außerhalb der EU wieder an Schwung gewinnen, was durch eine Lockerung der weltweiten Finanzierungsbedingungen und politische Impulse in einigen aufstrebenden Volkswirtschaften unterstützt werden dürfte“, sagt die Kommission voraus.

Die öffentliche Schuldenquote wird laut Prognose in den meisten EU-Staaten sinken und im Durchschnitt

## EU-FRÜHJAHRSPROGNOSE 2019

	>BIP			>Haushaltssaldo			>Gesamtverschuldung		
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
BE	1,4	1,2	1,2	-0,7	-1,3	-1,5	102,0	101,3	100,7
DE	1,4	0,5	1,5	1,7	1,0	0,8	60,9	58,4	55,6
EE	3,9	2,8	2,4	-0,6	-0,3	-0,5	8,4	8,5	8,5
IE	6,7	3,8	3,4	0,0	0,0	0,3	64,8	61,3	55,9
GR	1,9	2,2	2,2	1,1	0,5	-0,1	181,1	174,9	168,9
ES	2,6	2,1	1,9	-2,5	-2,3	-2,0	97,1	96,3	95,7
FR	1,6	1,3	1,5	-2,5	-3,1	-2,2	98,4	99,0	98,9
IT	0,9	0,1	0,7	-2,1	-2,5	-3,5	132,2	133,7	135,2
CY	3,9	3,1	2,7	-4,8	3,0	2,8	102,5	96,4	89,9
LV	4,8	3,1	2,8	-1,0	-0,6	-0,6	35,9	34,5	33,5
LT	3,4	2,7	2,4	0,7	0,3	0,0	34,2	37,0	36,4
LU	2,6	2,5	2,6	2,4	1,4	1,1	21,4	20,7	20,3
MT	6,6	5,5	4,8	2,0	1,1	0,9	46,0	42,8	40,2
NL	2,7	1,5	1,6	1,5	1,4	0,8	52,4	49,1	46,7
AT	2,7	1,5	1,6	0,1	0,3	0,2	73,8	69,7	66,8
PT	2,1	1,7	1,7	-0,5	-0,4	-0,1	121,5	119,5	116,6
SI	4,5	3,1	2,8	0,7	0,7	0,9	70,1	65,9	61,7
SK	4,1	3,8	3,4	-0,7	-0,5	-0,6	48,9	47,3	46,0
FI	2,3	1,6	1,2	-0,7	-0,4	-0,2	58,9	58,3	57,7
Euro-Zone	1,9	1,2	1,5	-0,5	-0,9	-0,9	87,1	85,8	84,3
EU	2,0	1,4	1,6	-0,6	-1,0	-1,0	81,5	80,2	78,8

Haushaltssaldo und Gesamtverschuldung in Prozent des BIP; BIP = Jährliche prozentuale Veränderung  
Quelle: Europäische Kommission

bis 2020 auf 78,8 Prozent fallen. Gerechnet wird bis 2020 auch mit einer weiter niedrigen Inflationsrate von 1,4 Prozent. Als ein Grund dafür werden voraussichtlich langsamer steigende Energiepreise genannt.

## Arbeitslosigkeit sinkt weiter

Obwohl sich das Wachstum gegen Ende 2018 verlangsamt hat, hat sich die Arbeitsmarktlage weiter verbessert. Auch wenn die Arbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten laut Kommission „noch immer zu hoch ist“, war sie im März 2019 mit 6,4 Prozent in der EU so niedrig wie nie zuvor seit Beginn der monatlichen Datenreihen zur Arbeitslosigkeit im Januar 2000. Im Euroraum ist die Arbeitslosigkeit aktuell so niedrig wie seit 2008 nicht mehr. Deutschland wird für dieses Jahr eine Quote von 3,1 Prozent vorhergesagt. (frh) >|

■ Frühjahrsprognose 2019 sieht moderateres Wachstum

EU-KOMMISSION SIEHT NEUE CHANCEN

## Partnerschaft mit den Staaten Zentralasiens soll **ausgebaut** werden

Die zentralasiatischen Staaten östlich des Kaspischen Meeres – Kasachstan, Kirgisische Republik, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – waren über Jahrhunderte ein wichtiges Bindeglied zwischen Europa und Asien. Seit dem Auseinanderfallen der Sowjetunion und dem Erreichen ihrer Unabhängigkeit können die Länder diese Rolle erneut spielen.



*Am Ausbau der Verkehrsverbindungen durch die Weiten Zentralasiens ist auch die EU interessiert.*

> Die EU hat 2007 darauf mit einer Zentralasien-Strategie reagiert, mit der ein politischer Dialog und engere Zusammenarbeit angestoßen wurden, besonders bei den Themen Rechtsstaatlichkeit, Bildung und Umwelt. Jetzt hat die EU-Kommission eine Überarbeitung dieser Strategie vorgeschlagen.

Positive Entwicklungen in den fünf Ländern und der Region als Ganzes sowie zunehmende globale Herausforderungen „erfordern eine verstärkte Partnerschaft“, erklärte Federica Mogherini, EU-Außenbeauftragte und Vizepräsidentin der EU-Kommission. Die EU wolle helfen, die Region wohlhabender und widerstandsfähiger gegen politische und Umweltkrisen zu machen und zu ihrer besseren Anbindung beitragen, sagte Neven Mimica, EU-Kommissar für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung. Die EU sei bereits ein führender Partner Zentralasiens. „Wir unterstützen die Region zwischen 2014 und 2020 mit über 1 Mrd. Euro in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Umweltschutz, Wasserwirtschaft, Handel und Grenzmanagement“, so Mimica.

### EU an stabiler Region interessiert

Im vergangenen Jahr hat die EU-Kommission eine Strategie zur besseren Verbindung von Europa

und Asien vorgelegt. Dabei spielt der Ausbau von nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Verkehrsverbindungen in Zentralasien, deren Zugänglichkeit vertraglich geregelt ist, eine große Rolle. Wichtig ist die Region auch als Energielieferant für die EU. Große Öl- und Gasvorkommen gibt es etwa in Kasachstan und Turkmenistan. Die rund 70 Millionen Einwohner der Region stellen einen interessanten Markt für EU-Waren dar, und schließlich hat die EU laut der Strategie auch ein Interesse an Stabilität und Sicherheit in der Region und will deshalb unter anderem bei der Bekämpfung von Terrorismus helfen. Auch den Frieden in Afghanistan will die EU deswegen gemeinsam mit den zentralasiatischen Partnern fördern.

Zu mehr Widerstandsfähigkeit gegen Krisen könne die EU etwa durch Unterstützung von Reformen zur Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen und beim Schutz der Menschenrechte beitragen. Auch beim Umwelt- und Klimaschutz, der stärkeren Nutzung erneuerbarer Energiequellen, der Steigerung von Energieeffizienz oder der nachhaltigen Verwendung von Wasser und anderen natürlichen Ressourcen wolle die EU mit ihrem Know-How helfen. Weitergeführt werden soll die Unterstützung beim Kampf gegen organisiertes Verbrechen, Schmuggel und Drogen.

### Bei Modernisierung der Wirtschaft helfen

Den Wohlstand der Menschen in Zentralasien möchte die EU etwa durch Zusammenarbeit bei der Modernisierung der Wirtschaft heben und durch die Förderung von Wertschöpfungsketten und Handel in der Region. Außerdem schlägt die Kommission in ihrer Strategie Folgendes vor:

- > Wettbewerbsfähigkeit der Privatwirtschaft und Bedingungen für Investoren verbessern.
- > Forschung und Innovationen fördern.
- > Den Beitrittsprozess der zentralasiatischen Staaten zur Welthandelsorganisation unterstützen.

Neue Arbeitsplätze könnten auch kleine und mittlere Unternehmen schaffen, deren Wachstum gefördert werden sollte, heißt es in der Strategie weiter. Dazu solle auch Unterstützung bei Programmen zur betrieblichen Ausbildung beitragen. (frh) >|

■ *EU und Zentralasien*

## Schwerpunktthema Bildung

Die Zahl junger Menschen wächst in Zentralasien laut EU-Kommission rasch. Die Förderung von Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten soll deshalb ein Schwerpunkt der Kooperation sein. In den vergangenen Jahren hat die EU über 5.500 Studenten und Wissenschaftlern Kurzaufenthalte in Europa ermöglicht, 250 Masterstipendien vergeben und 69 Projekte für bessere Bildung unterstützt.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 20.05.2019 17.30–20.30 Uhr	„2019 - Schicksalsjahr für die Europäische Union! Wie wird die EU zukunftsfähig für junge Leute?“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Hochschule Hof, Mittelstandsunion Kreisverband Hof und Hofer Land	Hochschule Hof Alfons-Goppel-Platz 1 <b>95028 Hof</b>	www.hof-university.de/
> 20.05.2019 18.00–20.00 Uhr	„Europa wählt - und alle machen mit“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Kreisverband Südpfalz	Saal der Protestantischen Stiftskirchengemeinde Marktstraße 97 <b>76829 Landau i.d.Pfalz</b>	http://eu-suedpfalz.de/
> 20.05.2019 18.00–20.00 Uhr	Europa erLeben - Kino-Event mit „Driving Europe“ Film- und Diskussionsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Info-Point Europa Hamburg, Europa JUGEND Büro	Abaton Kino Allende-Platz 3 <b>20146 Hamburg</b>	www.infopoint-europa.de/ veranstaltungen/eigene/ europa-erleben-kino-event-mit- driving-europe-2
> 20.05.2019 19.30 Uhr	Géraldine Schwarz liest aus „Die Gedächtnislosen – Erinnerungen einer Europäerin“ Kulturveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europe Direct Informationszentrum Karlsruhe	Kulturhaus LA 8 Baden-Baden Lichtentaler Allee 8 <b>76530 Baden-Baden</b>	https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt2/Ref27/EuropeDirect/Seiten/Europaveranstaltungen.aspx
> 21.05.2019 18.00 Uhr	„Schicksalswahl für Europa!“ Vortrag <b>Veranstalter:</b> Center for Applied European Studies	University of Applied Sciences Nibelungenplatz 1 <b>60318 Frankfurt am Main</b>	www.europatermine.de/termine/datum/2019/mai/21/termin-einzel/schicksalswahl_fuer_europa.html
> 21.05.2019 19.00–21.00 Uhr	„Die Republik Serbien nähert sich der EU an“ Vortrag und Diskussion <b>Veranstalter:</b> Europa-Union -Wiesbaden in Kooperation mit der Casino-Gesellschaft	Wiesbadener Casino Gesellschaft Friedrichstraße 22 <b>65185 Wiesbaden</b>	www.europatermine.de/termine/datum/2019/mai/21/termin-einzel/die_republik_serbien_naehert_sich_der_eu_an.html
> 23.05.2019 09.00–15.00 Uhr	„Wahlomat zum Aufkleben 2019. Informationen und Gespräche über die Europawahl“ Informationsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europe Direct Informationszentrum Magdeburg	Holzmarkt <b>06366 Köthen (Anhalt)</b>	www.europatermine.de/termine/datum/2019/mai/23/termin-einzel/wahlomat_zum_aufkleben_2019-8.html
> 23.05.2019 10.00–16.00 Uhr	„22. Internationales WDR Europaforum 2019“ Diskussionsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> WDR Chefredaktion, Europäische CIVIS Medienstiftung für Integration	Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland Werderscher Markt 1 <b>10117 Berlin</b>	https://registration.europa-forum.wdr.de/start/
> 25.05.2019 11.00–14.00 Uhr	„Flagge zeigen für Europa“ Vortrag und Treffen <b>Veranstalter:</b> Europa-Union-Deutschland, Landeshauptstadt Wiesbaden	Europa-Baum in der Landeshauptstadt Am Markt 1 <b>65189 Wiesbaden</b>	www.europatermine.de/termine/datum/2019/mai/25/termin-einzel/flagge_zeigen_fuer_europa-1.html
> 27.05.2019 08.30–10.00 Uhr	„Nachlese zur Europawahl 2019“ Informations- und Diskussionsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Berlin	Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen Hiroshimastraße 12-16 <b>10785 Berlin</b>	www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2019/04/Save-the-date-Nachlese-Europawahl-2019-endg.pdf
> 27.05.2019 18.30–23.00 Uhr	„Europa nach der Wahl – Was wird uns erwarten?“ Checkpoint bpb – die Montagsgespräche <b>Veranstalter:</b> Bundeszentrale für politische Bildung/bpb	Kalkscheune Johannisstraße 2 <b>10117 Berlin</b>	www.bpb.de/veranstaltungen/format/podium-vortrag/289420/europa-nach-der-wahl-was-wird-uns-erwarten

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

## IMPRESSUM

© Europäische Union, 2019

### Herausgeber:

**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Richard Kühnel  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

### Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

### Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

### Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

### Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



### Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter

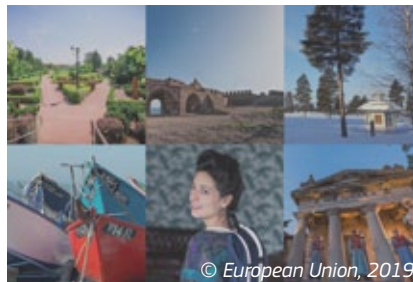


© Europäische Kommission, 2019

KAMPAGNE „EUROPA IN MEINER REGION“

## Hilfe für Präsentation EU-finanzierter Projekte

Damit Projekte, die überall in Europa von der EU finanziert werden, bekannter werden, bietet die EU-Kommission Unterstützung bei der Kommunikation an. Im Rahmen der Kampagne „Europa in meiner Region“ (#EUinmyRegion) können Projektbeteiligte an Online-Schulungen teilnehmen, die ihnen dabei helfen sollen, Veranstaltungen wie einen „Open Day“ für ihr Projekt zu organisieren und soziale Medien effizient für die Kommunikation zu nutzen.



Wer eine Kurzbeschreibung seiner EU-finanzierten Initiative und Fotos und Videoaufnahmen einreicht, kann bis zu 300 kostenlose Postkarten erhalten, mit denen für das Projekt geworben werden kann. Zu 20 ausgewählten Projekten lässt die EU-Kommission professionelle, einminütige Videos erstellen. Ferner können bis zum 18. August Erfahrungsberichte über Projekte eingereicht werden, für die die Kommission anbietet, Werbung zu machen. Sechs Gewinner des Erfahrungsberichte-Wettbewerbs werden im Herbst zu einer Kommunikationsschulung nach Brüssel eingeladen.

■ #EUinmyregion

„LITERATUR UND POLITIK IN EUROPA“

## Neue Gesprächsreihe in Berlin

„Literatur und Politik in Europa“ heißt eine neue Gesprächsreihe in Berlin. Die Idee ist, Politik ausgehend von Literatur zu diskutieren. Beim ersten Gespräch der Reihe am 23. Mai soll es – zum Anlass der EU-Ratspräsidentschaft Rumaniens – um den Dichter Emil Hurezeanu und um Rumänien gehen.

Er passt idealtypisch zum Thema Literatur und Politik, denn seit 2015 vertritt Hurezeanu sein Geburtsland als rumänischer Botschafter in Berlin. Seine Gedichte sind Ausgangspunkt der Diskussion: Welchen Weg geht Rumänien in Europa? Wie kann die innere Spaltung des Landes überwunden werden?

■ Zur Veranstaltung



EUROPABILDUNG IN DER GRUNDSCHULE

## Wochenschau-Verlag hat Buch für Unterrichtspraxis herausgebracht

Die europäische Integration kann auch im frühen Schulalter, in der Primarstufe, Thema im Unterricht sein. Viele Lehrer fragen sich aber vielleicht, wie ein früher Europaunterricht aussehen könnte. Ein Buch mit verschiedenen Konzepten, Entwürfen aus unterschiedlichen fachdidaktischen Perspektiven, empirischen Befunden zu Wissen und Einstellungen von Grundschulkindern sowie mit unterrichtspraktischen Erfahrungen und Vorschlägen hat der Wochenschau-Verlag herausgebracht. Dabei geht es etwa um den Unterricht mit Concept Maps, um Erfahrungen mit EU-Planspielen in der Grundschule oder um Wissen und Präkonzepte von Viertklässlern über Europa und die EU.

Herausgegeben wird das Buch von den Politikwissenschaftlern Klaus Detterbeck und Helmar Schöne. Es kostet 19,90 in der Printversion und 15,99 Euro als PDF-Dokument.

■ Hier können Sie das Buch bestellen

INFORMATIONEN ÜBER DIE EU

## Rednerdienst vermittelt Experten für EU-Themen

Viele Europäerinnen und Europäer haben konkrete Fragen zur EU, ihrem Funktionieren und ihrer Politik. Zum Beispiel: Wie funktioniert der Binnenmarkt? Wie studiert und arbeitet man im EU-Ausland? Wie geht es weiter in der EU-Asylpolitik? Zahlreiche Einrichtungen und Organisationen in allen Mitgliedstaaten bemühen sich, solche Fragen zu beantworten, teils durch Informationsveranstaltungen. Wer einmal einen EU-Experten für einen Vortrag gewinnen will, kann auf den Rednerdienst der EU-Kommission zurückgreifen. Bei zahlreichen Veranstaltungen an Schulen, Universitäten sowie auf Konferenzen für die breite Öffentlichkeit kommunizieren die unabhängigen Experten EU-Politik auf lokaler Ebene. Eine Liste des Rednerteams in Deutschland führt die deutsche Vertretung der EU-Kommission.

Der Rednerdienst ergänzt die Informationsarbeit der Europäischen Dokumentationszentren (EDC) und der über die ganze EU verteilten Europe Direct Informationszentren (EDIC), von denen es in Deutschland 47 gibt.

■ EU vor Ort

